

Geschäftsstelle
Bezirksversammlung Wandsbek

20. November 2008

Antrag

**der Mitglieder der Bezirksversammlung
Anja Quast, Thomas Ritzenhoff, Hans-Joachim Klier,
Uwe Lohmann (SPD) und Fraktion**

Wandsbek braucht eine abgestimmte Kita-Bedarfsplanung

Vor dem Hintergrund der stetig anwachsenden Zahl von Eltern, die Elternschaft und Berufstätigkeit miteinander verbinden wollen, steigt der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen insbesondere im Krippen- und Hortbereich ständig an. Die Bundesregierung, die Jugendminister der Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im April 2007 darauf geeinigt, dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren bis 2013 bundesweit auf eine Versorgungsquote von durchschnittlich 35 Prozent ausgebaut werden soll. Der Bund stellt hierfür vier Milliarden Euro bereit.

In Hamburg gibt es aufgrund des „Kinderbetreuungsgesetzes“ (KibeG), welches auf ein von der SPD mit auf den Weg gebrachtes erfolgreiches Volksbegehren zurückgeht, Rechtsansprüche, die über die des Bundes hinausgehen: Unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern fünf Stunden vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Außerdem gibt das KibeG einen Anspruch auf Betreuung für jedes Kind von null bis zum vollendeten 14. Lebensjahr in dem zeitlichen Umfang, in dem die Sorgeberechtigten wegen Berufstätigkeit, Ausbildung oder Arbeitsmarktmaßnahmen Betreuung brauchen.

Um die vereinbarte Versorgungsquote mit Krippenplätzen zu erreichen, müsste Hamburg in den kommenden Jahren knapp 6000 Plätze zusätzlich zum vorhandenen Angebot schaffen. Zum Angebot an Plätzen, zur Nachfrage der Eltern bei Kita und Krippe sowie zur regionalen Verteilung des Ausbaus kann der Senat bzw. die Leitung der BSG keine Daten liefern. Der Senat hält dies laut Bürgerschaftsdrucksache 19/22 für „nicht erforderlich“ und setzt allein darauf, dass Angebot und Nachfrage im Kita-Gutscheinsystem über einen „dezentralen, marktähnlichen Prozess zur Deckung“ kommen sollen.

Tatsache ist jedoch, dass es in vielen Stadtteilen – auch in Wandsbek - eine Unterversorgung mit Krippen- und Hortplätzen gibt. Dieses wird durch Gespräche mit platzsuchenden Eltern sowie mit Trägern sehr deutlich, die die Nachfrage im Stadtteil nicht decken können. Problematisch bei dem rein Nachfrage-orientierten Kita-Gutscheinsystem ist die Zeitverzögerung, die zwischen Nachfrage der Eltern und Angebots-Schaffung durch die Träger entsteht.

Aufgrund des stark spürbaren Nachfrageüberhanges im Krippen- und Hortbereich planen zur Zeit viele Träger einen Ausbau ihrer Plätze, bzw. die Gründung neuer Einrichtungen. Hierbei stoßen sie jedoch häufig auf große Hürden bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in Form hoher Mieten sowie bei geplanten Neubauten auf baurechtliche Probleme, Probleme

mit der Nachbarschaft oder aber Probleme bei der Zuwegung der geplanten Erweiterungsbauten in bestehenden Wohngebieten.

Da der Bedarf an Plätzen mit dem Kita-Gutscheinsystem ausschließlich durch die Träger aufgrund der Nachfrage der Eltern ermittelt wird, planen die Träger unabhängig voneinander einen Ausbau ihrer Plätze, ohne zu wissen, wie viele Plätze ein benachbarter Träger zusätzlich schafft. So ist es wahrscheinlich, dass es in einigen Jahren ein Überangebot geben wird, welches dann wiederum erst mit Zeitverzögerung abgebaut werden kann.

Will man diese bereits jetzt abzusehende Ressourcenvergeudung vermeiden, so braucht es eine abgestimmte Kitabedarfsplanung, die zunächst Bedarfe regional ermittelt, dann in Abstimmung mit den Trägern und vor allem im Dialog der Träger untereinander eine Planung und Schaffung zusätzlicher Plätze gewährleistet. Hierbei müssen die Träger Unterstützung erfahren bei der Prognose der Bevölkerungsentwicklung, der Suche von geeigneten Räumen und Grundstücken, der Planung und Realisierung von Erweiterungen, Neubauvorhaben sowie deren Zuwegungen. Nur durch rechtzeitige Einbeziehung aller von einer Kindertageseinrichtung betroffenen Personen und Institutionen können Fehlplanungen oder Nachbarschaftsstreitigkeiten in Zukunft vermieden werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Wandsbek:

1. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, für den Bezirk Wandsbek eine Fachkonferenz zum Thema „Kita-Bedarfe und Ausbau in Wandsbek“ im ersten Halbjahr 2009 durchzuführen. Hierbei sind alle Kita-Träger, die Schulen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe zu beteiligen. Von Seiten des Bezirksamtes soll neben den für den Kita-Bereich zuständigen Stellen auch die Stadtplanungsabteilung beteiligt werden.
2. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, ein Konzept für eine regelmäßige Kita-Bedarfsplanung zu erarbeiten und den betroffenen Fachausschüssen Ende des ersten Quartals 2009 vorzustellen.
3. Die Bezirksamtsleitung bittet die zuständige Fachbehörde, landesweit ein Konzept zu erarbeiten, das es ermöglicht, das Nachfrage-orientierte Kita-Gutscheinsystem dahingehend zu ergänzen, dass zusätzlich eine ordnende Bedarfsplanung stattfindet.